

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Enrico Komning und der Fraktion
der AfD
– Drucksache 19/7150 –

Zusammenhang zwischen WLTP-Abgastests und Einbruch der Automobilproduktion

Vorbemerkung der Fragesteller

Im dritten Quartal 2018 ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland gegenüber dem Vorquartal real um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Maßgeblich dafür verantwortlich sei laut Bankenverband ein kräftiger Einbruch bei der Automobilproduktion (<https://bankenverband.de/fachthemen/unternehmensfinanzierung-c/gedampftes-wachstum-stabile-finanzierung/>).

Seit dem 1. September 2018 unterliegen in Deutschland neuzuzulassende Fahrzeuge dem WLTP-Abgastest. Dieser soll zu realitätsnäheren Angaben zu Verbrauch und Schadstoffausstoß bei Automobilen führen. Das Testverfahren sieht vor, dass jedes Modell mit jeder denkbaren Ausstattung einzeln zu zertifizieren ist. Dies stellt insbesondere für den VW-Konzern eine große Herausforderung dar (www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/abgastests-wltp-tests-ueberfordern-volkswagen-fuer-einige-modelle-fehlt-die-zulassung/22976310.html?ticket=ST-207421-lfWY4OdqTGdS3DDtiFrT-ap1).

1. Inwieweit besteht laut Erkenntnissen der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen der Einführung der neuen WLTP-Abgastests ab dem 1. September 2018 und dem Einbruch der Automobilproduktion?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse vor.

2. Plant die Bundesregierung für den deutschen Markt Übergangsregelungen, damit nach den bisherigen Tests produzierte Fahrzeuge rechtssicher abverkauft werden können?

Nein.

3. Wie hoch ist laut Bundesregierung der wirtschaftliche Schaden für die deutsche Automobilindustrie infolge der Einführung der WLTP-Tests?
4. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten ein, die der Automobilindustrie durch die neue Zertifizierung der einzelnen Fahrzeugmodelle entstehen?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

Die Bundesregierung hat keinen Einblick in die internen wirtschaftlichen Kalkulationen, Geschäftsentscheidungen und Marktstrategien der Hersteller.

5. Plant die Bundesregierung, Ausgleichszahlungen an betroffene deutsche Automobilkonzerne zu leisten, um die entstehenden Kosten abzdämpfen?

Nein.